

02.04.01

Unterrichtung

durch das
Europäische Parlament

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Informations- und Kommunikationsstrategie der Europäischen Union

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments - 107382 - vom 29. März 2001. Das Europäische Parlament hat die Entschließung in der Sitzung am 14. März 2001 angenommen.

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Informations- und Kommunikationsstrategie der Europäischen Union

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 14. Mai 1998 zur Informations- und Kommunikationspolitik in der Europäischen Union²⁴,
- A. in Anbetracht der geringen Kenntnis, die in der Öffentlichkeit hinsichtlich der Tätigkeiten der Europäischen Union und der Chancen, die sie bietet, besteht und die in der zunehmend skeptischen Haltung gegenüber einer fortschreitenden Integration zum Ausdruck kommt,
- B. mit der Feststellung, dass sich nur wenige Bürger der Europäischen Union der Vorteile bewusst sind, die die europäische Integration für sie im täglichen Leben mit sich bringt,
- C. in dem Wunsch, dass die Informationsnetze und -vermittler, die auf regionaler und lokaler Ebene über die Europäische Union informieren, in allen Mitgliedstaaten in verstärktem Maße auf der Grundlage einer gemeinsamen Informations- und Kommunikationsstrategie mit Schwerpunkt auf der europäischen Integration und der Unionsbürgerschaft tätig werden,
- D. in dem Bedauern über das Fehlen einer echten öffentlichen Diskussion über die großen Herausforderungen, denen sich die Europäische Union gegenwärtig gegenüber sieht, insbesondere die Erweiterung, die Währungsunion und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik,
- E. unter Hinweis darauf, dass den Völkern der Europäischen Union Kenntnisse über Kultur und Lebensweisen jenseits regionaler und nationaler Grenzen fehlen, besonders was die Beitrittsländer betrifft,
- F. in der Erwägung, dass jede Strategie zur Durchführung einer wirksamen Informations- und Kommunikationspolitik den pädagogischen Aspekten und dem Einsatz adäquater Instrumente (finanzieller Art, im Bereich der Medien usw.) Rechnung tragen muss, damit eine Übereinstimmung zwischen der Sichtbarkeit der Politiken und Maßnahmen der Europäischen Union und den Erwartungen der Bürger hergestellt wird,
- G. unter nachdrücklichem Hinweis darauf, dass die Kommunikationspolitik der europäischen Institutionen dringend einer Änderung bedarf,
- H. unter Hinweis darauf, dass die Kommission in ihrem legislativen Arbeitsprogramm für das Jahr 2000 wie auch in ihrer Erklärung vor dem Europäischen Parlament am 14. April 2000 die Annahme einer Mitteilung zur Politik der Bürgernähe (Informationsstrategie) und des Dialogs für die zweite Hälfte des Jahres 2000 angekündigt hat, und in dem Bedauern

²⁴ ABl. C 167 vom 1.6.1998, S. 230.

- I. mit der besorgten Feststellung, das die Neuverteilung der Zuständigkeiten im Bereich der Informationspolitik das Zustandekommen von Beschlüssen in diesem Bereich erheblich verzögert,
 1. fordert die Kommission auf, die Mitteilung zur Informationsstrategie so rasch wie möglich anzunehmen und sie ihm und dem Rat vorzulegen;
 2. fordert alle EU-Institutionen auf, ihre Informations- und Kommunikationstätigkeiten unter Wahrung ihrer Autonomie und institutionellen Aufgaben zu koordinieren und auf bestimmte Zielgruppen auszurichten, um ihre optimale Wirksamkeit sicherzustellen;
 3. ruft die Europäische Union auf, Informationskampagnen über die Problematik und die Herausforderungen der Erweiterung durchzuführen;
 4. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Information und Kommunikation in EU-Angelegenheiten, die für das tägliche Leben der Bürger von Belang sind, zu verbessern und die Synergien mit den Informations- und Kommunikationstätigkeiten der EU-Institutionen zu verstärken;
 5. ruft die Europäische Union auf, eine Informations- und Kommunikationspolitik zu schaffen, die auf zwei wesentlichen Grundlagen beruht, und zwar der pädagogischen Dimension und dem Einsatz adäquater Instrumente, die den Erwartungen der Bürger gerecht werden;
 6. wird darauf achten, dass bei der Durchführung der Informationspolitik bestimmten Zielgruppen, wie den Jugendlichen, durch die Bereitstellung von Lehrmaterial für die Lehrer zur Vermittlung von Kenntnissen über Europa besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, und ersucht die Kommission, dies ebenfalls zu tun;
 7. ist der Auffassung, dass das Ziel der Informations- und Kommunikationstätigkeiten in EU-Angelegenheiten die Förderung der öffentlichen Diskussion und der Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit sein muss;
 8. ersucht die Kommission, für eine verstärkte Tätigkeit der Informationsvermittler und -netze zu sorgen, die in unmittelbarem Kontakt zu den Bürgern der Europäischen Union stehen;
 9. ersucht die Kommission, in dem in Ausarbeitung befindlichen Weißbuch über die Jugendpolitik der Bedeutung einer wirksamen Kommunikations- und Informationspolitik zur europäischen Integration Rechnung zu tragen;
 10. beauftragt seine Präsidentin, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.